
ÖSTERREICHS ARBEITSMARKT IM ÜBERBLICK

Rezension von: Ewald Walterskirchen,
Unemployment and labour market
flexibility: Austria, ILO, Genf 1991,
134 Seiten, sfr 30,-

Im Vorwort beschreibt Guy Standing die vorliegende Studie als Bewertung der Arbeitsmarktergebnisse und Schwierigkeiten des „österreichischen Modells“. Sie kam teilweise durch eine Einladung des seinerzeitigen Sozialministers Alfred Dallinger zustande, sich mit den Hindernissen für eine größere Flexibilität des österreichischen Arbeitsmarktes auseinanderzusetzen.

Das einleitende Kapitel bietet einen Überblick über das – in der Literatur unterschiedlich interpretierte – Konzept des „Austro-Keynesianismus“, die wirtschaftliche Entwicklung in den siebziger und achtziger Jahren sowie die Arbeitsmarkttendenzen. Die im folgenden Abschnitt vorgenommene Bewertung der Arbeitsmarktlage stützt sich auf Daten aus den Jahren 1988 und 1989. Aus diesem Grund ist sie nicht mehr aktuell: Mittlerweile erhöhte sich infolge der schockartigen Zunahme des Angebots an ausländischen Arbeitskräften die Arbeitslosigkeit wesentlich. Im Durchschnitt der ersten fünf Monate des Jahres 1991 betrug die Arbeitslosenrate 6,5% und lag damit um 0,8 Prozentpunkte höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. In bezug auf die Zahl der unselbstständig Beschäftigten war Ende Mai 1991 ein Anstieg von 69.500 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert festzustellen. Die Zahl der beschäftigten Inländer sinkt jedoch seit Oktober 1990 im Vorjahresvergleich!

Das dritte Kapitel stellt die Institutionen der Wirtschafts- und Sozial-

partnerschaft vor, befaßt sich mit den Bestimmungsfaktoren der Einkommenspolitik und analysiert die makroökonomische Reallohnflexibilität ebenso wie die relativen Löhne.

Kapitel 4, betitelt „Arbeitsmarktflexibilität“, ist das Kernstück des vorliegenden Bandes. Der Autor beschäftigt sich hier mit dem Niveau der Lohnnebenkosten, der Entwicklung der Lohnstückkosten und der räumlichen und beruflichen Mobilität der Arbeitskräfte. Die eher langsame Anpassung der Beschäftigung an Produktionsänderungen sei zum Teil auf arbeitsrechtliche Bestimmungen zurückzuführen. In der Folge werden diese Regelungen kurz angeführt und diskutiert.

An eine Beschreibung der verschiedenen Formen der Arbeitslosenunterstützung in Österreich schließt ein internationaler Vergleich der Netto-Einkommensersatzquoten an. Walterskirchen gelangt dabei zu dem Schluß, daß diesbezüglich zwischen Österreich und der Bundesrepublik keine substantiellen Unterschiede bestehen. Während der achtziger Jahre erfolgte in Österreich keine Anhebung der Einkommensersatzquote. Damit fällt jedenfalls das System der Arbeitslosenunterstützung als erklärender Grund für den Anstieg der Arbeitslosigkeit in diesem Zeitraum aus, wie das von Pamphleten bestimmter Interessenverbände und von den in ihrer Wortwahl keineswegs zimperlichen Ergüssen eines Boulevardblattes unterstellt wurde.

In der Zusammenfassung des vierten Abschnitts wird festgehalten, daß größere Arbeitsmarktflexibilität kurzfristig nicht zur Senkung der Arbeitslosigkeit führen kann, solange keine zusätzlichen Arbeitsplätze verfügbar sind. Im konjunkturellen Aufschwung freilich trägt stärkere Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt zur Verhinderung von Arbeitskräfteknappheiten in einzelnen Bereichen (Branchen, Berufen, Regionen) bei und wirkt langfristig der Entstehung von angebotsseitigen

Engpässen entgegen. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit Mitte der achtziger Jahre war, wie Coen and Hickman nachwiesen, das Resultat von fehlender aggregierter Nachfrage, nicht von friktionellen oder strukturellen Faktoren.

Im fünften Kapitel, welches teilweise Georg Fischer und Lorenz Lassnig verfaßten, werden die verschiedenen Aspekte der aktiven Arbeitsmarktpolitik sowie das Bildungssystem, insbesondere die duale Ausbildung von Lehrlingen, dargelegt.

In den „Abschließenden Bemerkungen“ des Schlußkapitels wird die Frage nach notwendigen Reorientierungen der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik gestellt. Die Feststellung, daß „gegenwärtig kurzfristige Maßnahmen nicht notwendig“ seien, entspringt der Situation des Jahres 1988 und ist infolge der Entwicklungen in

den beiden vergangenen Jahren als (leider) überholt anzusehen. 1991 sind kurzfristige Maßnahmen sehr wohl angebracht, nämlich insbesondere solche, welche den Zustrom ausländischer Arbeitskräfte einschränken.

Walterskirchens Forderung nach einer langfristig orientierten Strategie ist dennoch vorbehaltlos zuzustimmen. Im Vergleich zu andern westeuropäischen Ländern sind die Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik unterentwickelt.

Eine größere Effizienz der Arbeitsmarktvermittlung ist anzustreben, wobei die Privatisierung keine Lösung der gravierendsten Probleme herbeiführen würde, da Personengruppen wie Langzeitarbeitslose, Behinderte usw. von einem erweiterten Vermittlungsangebot ausgeklammert blieben.

Michael Mesch